

Politik inklusiv: Nichts über uns ohne uns!

Veranstaltungsreihe: Politische Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderung



HEIDELBERG Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass Menschen mit Behinderung aktiv an der Gestaltung von öffentlichen Angelegenheiten beteiligt werden. Für die Betroffenen ist es jedoch nach wie vor nicht immer einfach, sich in Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen. Um hier Unterstützung anzubieten, hat der PARITÄTISCHE gemeinsam mit der Volkshochschule Heidelberg unter dem Titel „Politik inklusiv“ eine neue Fortbildungsreihe entwickelt.

„Wir arbeiten schon lange mit der Volkshochschule als Kooperationspartner zusammen“, so Ralf Baumgarth, Regionalgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN in Heidelberg. „Als dort das Thema „Gesellschaftliche Vielfalt“ auf der Agenda stand, haben wir eine Möglichkeit gesehen, unser Projekt „Anders? – engagiert!“, das aus dem Programm „Impulse Inklusion“ durch das Ministerium

für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert wird, hier anzudocken. Bei der Suche nach passenden Ideen, sind wir auf ein Konzept aus Tübingen gestoßen, das dort von „Forum & Fachstelle Inklusion“ gemeinsam mit der Volkshochschule bereits erprobt war“, so Baumgarth weiter. Nach Kontakt mit den dortigen Akteuren wurde das Angebot auf Heidelberger Bedarfe angepasst. Ziel der Reihe war es, in fünf Modulen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um Menschen mit Behinderungen zu befähigen, in politischen Gremien und bei Veranstaltungen für die eigenen Interessen einzutreten. Als weitere Kooperationspartner konnten der Beirat von Menschen mit Behinderungen, die kommunale Behindertenbeauftragte, das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Heidelberg und die Theaterwerkstatt Heidelberg gewonnen werden.

Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen in Heidelberg

Das Thema der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen hat in Heidelberg eine lange Geschichte, die mit dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 begann. Ein Aktionsbündnis, das vom PARITÄTISCHEN koordiniert wurde, setzte 2004 erstmals das Thema für einen Behindertenbeirat auf die kommunale Agenda. Beauftragt vom Gemeinderat moderierte der PARITÄTISCHE den Prozess für ein Konzept für eine Interessenvertretung, das Ende 2006 vorgelegt und im November 2007 vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Seit März 2008 hat die Stadt Heidelberg nun einen Beirat von Menschen mit Behinderungen (bmb). Damit gibt es für die über 20.000 Menschen mit Behinderung, die in Heidelberg wohnen, eine kontinuierliche kommunale Interessenvertretung. Der bmb arbeitet eng mit der seit 2016 eingesetzten kommunalen Behindertenbeauftragten zusammen. Er ist Ansprechpartner für die

Stadtverwaltung und setzt sich für die Interessen von Menschen mit Behinderung ein. Der 17-köpfige Beirat setzt sich zusammen aus 16 Menschen mit Behinderungen und einem Mitglied, das von der Liga der freien Wohlfahrtspflege bestimmt wird. Jeweils ein Mitglied des Beirats ist als beratendes Mitglied im Jugendhilfe-, im Bau- und Umweltausschuss, im Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit, im Ausschuss für Bildung und Kultur und im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vertreten.

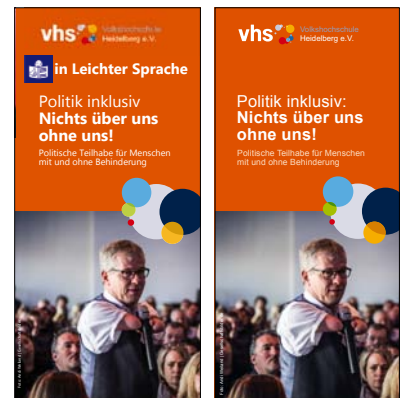
■ Weitere Informationen

Geschäftsstelle des Beirats von Menschen mit Behinderungen · Fischmarkt 2 · 69117 Heidelberg
Telefon 06221 58-38190
geschaeftsstelle@bmb-heidelberg.de

Modulare Schritte zur politischen Partizipation

„Menschen mit Behinderung müssen sich für ihre Belange einsetzen“, ermutigte Ingeborg Sanwald-Kluge, Mitglied im Kreisvorstand des PARITÄTISCHEN, die Teilnehmenden, „denn, wenn Ruhe herrscht, wird man nicht mehr wahrgenommen.“ Sie war Gast im ersten Modul, bei dem es um unterschiedliche Möglichkeiten zum Engagement ging. Insgesamt hatten sich 13 Personen – Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, aber auch Angehörige – angemeldet. Im zweiten und dritten Baustein ging es mit Hilfe des Theaterpädagogen Sebastian Schwarz sehr praktisch zu: Das eigene Auftreten und die Wirksamkeit bestimmter Handlungs-, Bewegungs- und Kommunikationsmuster standen im Mittelpunkt. Auch die Wünsche der Teilnehmenden, die daran interessiert waren, Techniken zu erlernen, die eine stimmigere Präsentation in einer raumausfüllenden Lautstärke sowie eine deutliche Artikulation ermöglichen, wurden in diesen Modulen durch vielfältige, spielerisch gestaltete Übungen aufgegriffen. „Nicht nur die schnell erzielten Erfolge bei den eigenen Umsetzungsversuchen der „kleinen Tricks und Kniffe für eine selbstsichere Präsentation“, sondern auch die lockere Atmosphäre in der Gruppe hat die theaterpädagogischen Veranstaltungselemente zu einem kurzweiligen Vergnügen gemacht“, stellte Isabell Fenner fest, die im Rahmen ihres Studiums der Bildungswissenschaften in einem Praktikum die Fortbildungsreihe begleitet hat.

Wieder theoretischer ging es im vierten Modul zu. Patrick Alberti, kommunaler Behindertenbeauftragter des Rhein-Neckar-Kreises, stellte Gesetze und Aktionspläne und deren Bedeutung für die



Kommunalpolitik vor und präziserte vor allem, wie wichtig das Wissen und die Aufgeklärtheit über die eigenen Rechte ist. Um einen Einblick in die konkrete Praxis der Interessenvertretung zu bekommen, war das letzte Modul der Veranstaltungsreihe der gemeinsame Besuch einer Sitzung des Heidelberger Beirates von Menschen mit Behinderung (bmb). Die Teilnehmenden konnten so vor Ort einen Eindruck gewinnen, was „hinter den Kulissen“ der Sitzungen im Heidelberger Rathaus geschieht, welche Projekte und Vorhaben in Planung sind und wie sich deren Finanzierung gestaltet.

Das Fazit der Teilnehmenden aus dem Kurs: Die politische und gesellschaftliche Partizipation ist keine „hobbymäßige Beschäftigung mit der eigenen Behinderung“, sondern permanent notwendig, um mehr Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Institutionen und Entscheidungen zu haben. Insbesondere die Möglichkeiten des gemeinsamen Dialogs und der Austausch über Missstände, anstehende Veränderungen und neue Wege und Ideen der Umsetzung haben die Teilnehmenden positiv bewertet – auch der Wunsch nach einer Fortsetzung des Projektes wurde von mehreren Personen angeregt.

Netzwerkkonferenz Inklusion Baden-Württemberg

TÜBINGEN Die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderung in den einzelnen Städten, Gemeinden und Landkreisen in Baden-Württemberg ist unterschiedlich ausgeprägt. Einige wenige Städte blicken auf eine langjährige Tradition von Behindertenbeiräten zurück, andere stehen bei der Entwicklung von wirksamen Beteiligungsstrukturen noch am Anfang. Eine landesweite Vernetzung bestehender kommunaler Beteiligungs- und Selbstvertretungsstrukturen fehlt noch völlig. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Tübinger Interessenvertretung will die Netzwerk-Konferenz Impulse setzen, zentrale Fragestellungen aufgreifen und Möglichkeiten zum Austausch geben.

Netzwerkkonferenz Inklusion Baden-Württemberg – vor Ort aktiv für Barrierefreiheit und Teilhabe
12. Oktober 2017, 10 bis 17 Uhr, Sparkassen Carré Tübingen.

*Der Veranstaltungsort ist barrierefrei.
Eine Induktive Höranlage ist vorhanden.*

■ Informationen

Forum & Fachstelle Inklusion im Sozialforum Tübingen e.V.
Telefon 07071 26969 · inklusion@tuebingen-barrierefrei.de
www.sozialforum-tuebingen.de

■ Kontakt

Ralf Baumgarth, Regionalgeschäftsführer
Der PARITÄTISCHE Regionalgeschäftsstelle Heidelberg
Telefon 06221 7262-177 · inklusion@paritaet-hd.de

Fortsetzung der Fortbildungsreihe

Mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 wird es ab dem 19. Juni 2017 eine Fortsetzung der Fortbildungsreihe geben. In sechs Modulen geht es um folgende Themen:

- Wie funktioniert der Bundestag in Berlin und was machen die Abgeordneten eigentlich?
- Was Sie schon immer über politische Parteien wissen wollten ...
- Was hat die ganze Wahl überhaupt mit mir zu tun?
- Was passiert am Wahltag?

Die Reihe wird vom PARITÄTISCHEN und der Lebenshilfe Heidelberg gemeinsam mit der Volkshochschule durchgeführt und von der Aktion Mensch unterstützt. • www.vhs-hd.de